

Susanne Selbert  
Erste Kreisbeigeordnete  
des Landkreises Kassel



Wilhelmshöher Allee 19 - 21  
34117 Kassel

Susanne Selbert, EKB, Wilhelmshöher Allee 19-21, 34117 Kassel

Mitglieder  
des Kreistages  
des Landkreises Kassel

Zimmer: 4.04  
Telefon: 05 61/1003 - 12 35  
Telefax: 05 61/1003 - 15 30  
susanne-selbert@landkreiskassel.de

14.09.2010

### Neuorganisation der Trägerschaft des SGB II

Sehr geehrte Damen und Herren,

in obiger Angelegenheit übersende ich ein Schreiben des Präsidenten des Deutschen Landkreistages an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales vom 02.08.2010 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Susanne Selbert', with a stylized flourish at the end.

Susanne Selbert  
Erste Kreisbeigeordnete



DEUTSCHER  
LANDKREISTAG

Ulrich-von-Hassell-Haus  
Lennestraße 11  
10785 Berlin

Tel. 0 30/59 00 97-309  
Fax 0 30/59 00 97-400

Der Präsident

Datum: 2.8.2010

AZ: IV-423-50/0

Frau Bundesministerin  
Dr. Ursula von der Leyen  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
Wilhelmstraße 49  
10117 Berlin

## Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

der Deutsche Landkreistag begrüßt die Verabschiedung der SGB II-Neuorganisation. Wir freuen uns, dass sowohl eine deutliche Ausweitung des kommunalen Optionsmodells erreicht werden konnte als auch Sicherheit für den Fortbestand der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung von Agentur und Landkreis besteht.

Die Landkreise sind mittlerweile intensiv in die Vorbereitung eingestiegen, um die verbleibende Zeit optimal zu nutzen. Ich bin zuversichtlich, dass sowohl die Umstellung zum 1.1.2011 als auch die Neuzulassung der Optionen zum 1.1.2012 gut gelingen werden.

In einem Punkt allerdings bin ich in Sorge:

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der politische Kompromiss, die Zahl der Optionskommunen von derzeit 69 auf 110 auszuweiten, von der Bundesagentur für Arbeit lediglich auf dem Papier akzeptiert, tatsächlich aber unterlaufen wird. Es befremdet, dass sich eine nachgeordnete Bundesbehörde immer noch fortgesetzt so einseitig politisch und zulasten der kommunalen Träger äußert.

Eine Vielzahl von Äußerungen, die mir begegnen und aus der Praxis zugetragen werden, belegen dies. Besonders schwierig sind die Äußerungen von BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt, der den Bereich des SGB II verantwortet. Er behauptet in Pressegesprächen, die alte Option habe mit der neuen Option nichts mehr zu tun. Zugleich wiederholt er die Behauptung, dass die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen durch kommunale Träger zu einer milliarden schweren Mehrbelastung führen würde. Dass dies falsch ist, zeigt nicht zuletzt der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der keine Mehrkosten ausgewiesen hat.

Misstrauisch macht mich auch die öffentliche Prophezeiung von Herrn Alt, dass die gemeinsamen Einrichtungen erfolgreicher sein werden als die Optionskommunen. Eine

solche Aussage ist deswegen pikant, weil die amtliche SGB II-Statistik nach wie vor von der Bundesagentur für Arbeit geführt wird. Der Deutsche Landkreistag hat es immer für unglücklich gehalten, dass einer der beiden Leistungsträger, der sich nach wie vor als im Wettbewerb stehend mit dem anderen Leistungsträger ansieht, die amtliche Statistik nicht nur für sich selbst, sondern auch noch für den Konkurrenten führt. Dies ist in keinem anderen Lebensbereich der Fall. Unseres Erachtens hätte die SGB II-Statistik dringend bei einem unabhängigen neutralen Dritten wie z. B. dem Statistischen Bundesamt angesiedelt werden müssen, um die bei allen Beteiligten erforderliche Akzeptanz zu erreichen. Dem ist der Bundesgesetzgeber bislang nicht gefolgt. Umso befremdlicher ist es dann, dass gerade aus dem für die Statistik zuständigen Haus Prognosen gestellt werden, zu welchen Ergebnissen die Statistik künftig kommen wird.

Auch in ihrer Berichterstattung behandelt die BA die Optionskommunen nach wie vor unzulässig stiefmütterlich. Jüngstes Beispiel ist der gerade vorgelegte Analytikreport zu Alleinerziehenden 2009.

Da diese Personengruppe den Landkreisen besonders wichtig ist, haben wir bereits in den Vorjahren die unverständliche Aussparung der kommunalen Kerndaten aus Förderstatistik und Arbeitslosigkeit kritisiert und Vorschläge für eine aussagekräftigere Darstellung unterbreitet. Trotz anderslautender Zusage hat der neue Analytikreport keine dieser Anregungen aufgenommen und auf die Daten der Optionskommunen erneut verzichtet. Ähnlich verhält es sich mit der bevorstehenden Ausbildungsmarktstatistik dieses Jahres. Dies besorgt mich auch im Hinblick auf die künftigen Kennzahlenvergleiche.

Von vielen Landkreisen wird mir daneben berichtet, dass seitens der örtlichen Agenturen für Arbeit regelrechte Kampagnen zur Verunsicherung der Kommunalpolitik durchgeführt würden. Dabei wird z. B. behauptet, die Option berge ein unbeherrschbares finanzielles Risiko oder es kämen dauerhafte Verwaltungskosten auf den Kreis zu, deren Höhe noch nicht bekannt sei. Hintergrund ist es offenkundig, möglichst viele Landkreise davon abzuhalten, sich für die Option zu entscheiden.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

die Mitarbeiter des Deutschen Landkreistages haben mit dem BMAS in den vielfältigen Arbeitsgruppen der letzten Monate konstruktiv und vorbehaltlos zusammengearbeitet. Hierfür möchte ich auch Ihrem Haus herzlichen Dank sagen.

Der Streit zwischen den Leistungsträgern aber war und ist fruchtlos. Er muss endlich aufhören. Ich habe wiederholt in politischen Gesprächen und in der Presse für eine sachbezogene Arbeit geworben.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie die Landkreise bei ihren Bemühungen um eine reibungslose Umsetzung des SGB II unterstützen könnten. Denn unser gemeinsames Ziel bleibt eine effektive Leistungsgewährung zugunsten des arbeitslosen Bürgers.

Mit freundlichen Grüßen



Hans Jörg Duppré